

Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 07.07.2011

Tagungsort: Mensa des Schulzentrums Heepen
Alter Postweg 33
33719 Bielefeld

Beginn: 18:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 19:25 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Holm Sternbacher Bezirksbürgermeister -RM-

CDU

Frau Anja Bartsch
Herr Dr. Guido Elsner (Vors.)
Frau Elke Grünewald -RM-
Herr Jens Hüsemann
Frau Heidemarie Pilchner
Herr Andreas Rüter stellv. Bezirksbürgermeister -RM-

SPD

Herr Reiner Blum
Herr Bernd Diekmann
Frau Regina Klemme-Linnenbrügger -RM-
Herr Kurt Stuke
Herr Gerhard Wäschebach (Vors.)

Grüne

Herr Tobias Borchers
Frau Marianne Kreye (Vors.)

FDP

Herr Ulrich Kossiek

Die Linke

Herr Bernd Schatschneider

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben

-/-

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung (§ 19 Abs. 4 GeschO)

-/-

Entschuldigt fehlt

Herr Jörg-Rüdiger Schütz

CDU-Fraktion

Verwaltung

Herr Berger

Umweltbetrieb

(zu TOP 6)

Herr Knoke

Bauamt

(zu TOP 7)

Frau Thiessat

Bauamt

(zu TOP 8)

Frau Wocken

Bauamt

(zu TOP 16)

Herr Skarabis

Bezirksamt Heepen

Herr Lötzke

Bezirksamt Heepen

Schriftführer

Externe

-/-

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung:**

Bezirksbürgermeister Sternbacher eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die von der Bezirksvertretung genehmigte Tagesordnung wird sodann wie folgt erledigt:

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Heepen

Frau Gertraud Schwabe (Einwohnerin des Stadtteils Baumheide) nimmt Bezug auf die mit dem Fahrplanwechsel festgelegte neue Linienführung der den Stadtteil Baumheide bedienenden Buslinien. Sie weist darauf hin, dass es den Einwohnerinnen und Einwohnern des Stadtteils u. a. nicht mehr möglich sei, an Sonntagen den Gottesdienst in der Heeper Kirche zu erreichen, da erst nach 12.00 Uhr die Möglichkeit bestehe, mit dem Bus nach Heepen zu fahren. Auch andere Fahrbeziehungen seien mit der Umstellung des Liniennetzes weggefallen. Sie fragt, ob die Möglichkeit bestehe, die aus ihrer Sicht unbefriedigende Situation zu verbessern.

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die im Vorfeld der Umsetzung des 2. Nahverkehrsplanes der Stadt Bielefeld zum Fahrplanwechsel im Juni 2011 in der Bezirksvertretung intensiv geführte Diskussion. Die Bezirksvertretung habe auf einige aus ihrer Sicht noch bestehende Mängel hingewiesen. Die moBiel GmbH habe die angesprochenen Probleme unter dem Hinweis auf technische und betriebswirtschaftliche Abhängigkeiten, jedoch nur zum Teil aufgegriffen. Vor diesem Hintergrund sehe die Bezirksvertretung daher noch Handlungsbedarf. Er verweise in diesem Zusammenhang u. a. auch auf die in der heutigen Sitzung zu beratenden Anträge der Fraktionen und Parteien, die sich auf verschiedene, sich aus der Neuordnung des Liniennetzes ergebende Probleme beziehen. Er bitte die Verwaltung, die Frage von Frau Schwabe an das Amt für Verkehr bzw. die moBiel GmbH mit der Bitte um Prüfung weiterzuleiten und der Bezirksvertretung die Antwort zur Kenntnis zu geben. Ggf. werde, sollte das angesprochene Problem aus Sicht des Nahverkehrsträgers nicht gelöst werden können, die Bezirksvertretung die Problematik nochmals aufgreifen.

Da keine weiteren Einwohnerfragen gestellt werden, schließt Bezirksbürgermeister Sternbacher die Einwohnerfragestunde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 07.07.2011 - öffentlich - TOP 1 *

-.-.-

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 17. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 09.06.2011**

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 17. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 09.06.2011 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 07.07.2011 - öffentlich - TOP 2 *

-.-.-

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

I. Schriftliche Mitteilungen:

3.1 **Unfallkommission 2011-I**

Den Mitteilungen beigefügt ist das Protokoll der Sitzung der Unfallkommission 2011-I vom 05.05.2011.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 07.07.2011 - öffentlich - TOP 3.1 *

-.-.-

3.2 **Abrechnungen nach dem KAG**

Das Amt für Verkehr hat mitgeteilt, dass in Kürze die KAG-Abrechnung der Maßnahme „Wüstenrotstraße“ (Beleuchtung) erfolgt. Bei der Wüstenrotstraße handelt es sich um eine Anliegerstraße. Die Gesamtkosten betragen 15.005,85 € und entsprechen dem beitragsfähigen Aufwand. Der umlagefähige Aufwand beträgt 7.502,93 € (50 %).

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 07.07.2011 - öffentlich - TOP 3.2 *

-.-.-

3.3 **Fahrplanwechsel zum 12.06.2011: Umsetzung Nahverkehrsplan der Stadt Bielefeld**

Den Mitteilungen beigefügt ist die Eingabe von Herrn Hans-Joachim Schmidt, Hägerweg 34, 33613 Bielefeld, vom 09.06.2011.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 07.07.2011 - öffentlich - TOP 3.3 *

-.-.-

3.4 **Gesetzentwurf zur Änderung des § 76 GO NRW - Darstellung der neuen Rahmenbedingungen bei der Aufstellung von Haushaltsplan und Haushaltssicherungskonzept**

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Abdruck der Informationsvorlage der Verwaltung Drucksache 2531/2009-214 vom 10.05.2011 und ein Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld am 26.05.2011.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 07.07.2011 - öffentlich - TOP 3.4 *

-.-.-

3.5 **Stadtteilmagazin „der Rabe“**

Mit den Sitzungsunterlagen haben alle Bezirksvertretungsmitglieder die Ausgabe „Sommer 2011“ des Stadtteilmagazins „der Rabe“ erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 07.07.2011 - öffentlich - TOP 3.5 *

-.-.-

3.6 **Einladung zur Vernissage**

Mit den Sitzungsunterlagen haben alle Bezirksvertretungsmitglieder die Einladung zur Vernissage „Kerstin Bachmann: Kinderspiel Ölmalerei“ am 06.07.2011 um 19:00 Uhr in der Galerie in der Alten Vogtei erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 07.07.2011 - öffentlich - TOP 3.6 *

-.-.-

3.7 **„KAP 10 angekommen!“ (vgl. BV Heepen - 09.06.2011 - TOP 10)**

Mit den Sitzungsunterlagen haben alle Bezirksvertretungsmitglieder eine Einladung zur Eröffnung der Einrichtung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge der „von Laer Stiftung“ in der Bunzlauer Straße 10 am 13.07.2011 erhalten.

Herr Skarabis weist darauf hin, dass die von-Laer-Stiftung den Termin für die Eröffnung der Einrichtung aus organisatorischen Gründen auf Mittwoch, den 20.07.2011, verschieben musste. Alle Bezirksvertretungsmitglieder haben daher zu Beginn der Sitzung eine neue Einladung der von-Laer-Stiftung erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 07.07.2011 - öffentlich - TOP 3.7 *

-.-.-

II. Mündliche Mitteilungen:

3.8 **Öffentliche Straßenbeleuchtung - Konzept zur Ausleuchtung der Stadt Bielefeld**

Herr Skarabis informiert darüber, dass alle Bezirksvertretungsmitglieder mit Schreiben vom 04.07.2011 einen Abdruck der Informationsvorlage der Verwaltung (Drucksache 2836/2009-2014), einen Abdruck der Beschlussvorlage der Verwaltung (Drucksache 0480/2009-2014) sowie einen Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 22.02.2011 erhalten haben. Den Fraktionen und den Vertretern der Parteien wurde darüber hinaus jeweils eine Ausfertigung des Übersichtsplanes „Öffentliche Straßenbeleuchtung in Wohn- und Anliegerstraßen“ übersandt bzw. überreicht.

Da die Informationsvorlage (Drucksache 2836/2009-2014) dem Bezirksamt erst nach Aufstellung der Tagesordnung zugegangen sei, war es nicht mehr möglich, die Beratung dieser Vorlage als ordentlichen Tagesordnungspunkt zu berücksichtigen. Eine besondere Dringlichkeit wurde darüber hinaus nicht gesehen. Vor diesem Hintergrund habe sich das Bezirksamt entschieden, die Informationsvorlage der Bezirksvertretung als Mitteilung vorzulegen.

Im Anschluss erläutert Herr Skarabis die Vorlage im Überblick.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 07.07.2011 - öffentlich - TOP 3.8 *

-.-.-

3.9 Grundschulentwicklungsplanung

Herr Skarabis informiert darüber, dass alle Bezirksvertretungsmitglieder mit Schreiben vom 04.07.2011 einen Abdruck des Schreibens der Schulleitung der Grundschule Heeperholz vom 22.06.2011 erhalten haben.

Darüber hinaus haben die Fraktionen und die Vertreter der Parteien zu den Fraktionssitzungen bzw. zu Beginn der Sitzung einen Abdruck des am 05.07.2011 beim Bezirksamt eingegangenen Schreibens der Grundschule Oldentrup sowie einen Abdruck des Schreibens der Grundschule Am Homersen vom 04.07.2011 erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 07.07.2011 - öffentlich - TOP 3.9 *

-.-.-

3.10 ÖPNV: Geänderte Linienführung der Buslinie 33 nach dem Fahrplanwechsel im Juni 2011 - Busverkehr von Baumheide nach Schildesche und Stieghorst

Herr Skarabis verweist auf die zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilte Eingabe der im Wohngebiet westlich der Straße Rabenhof lebenden Einwohnerinnen und Einwohner vom 07.07.2011.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 07.07.2011 - öffentlich - TOP 3.10 *

-.-.-

3.11 „Bürgerradweg“ Bielefeld-Heepen - Leopoldshöhe-Schuckenbaum vgl. u. a. BV Heepen - 10.03.2011 - TOP 5.7)

Herr Skarabis informiert darüber, dass das Amt für Verkehr mitgeteilt habe, dass derzeit die Entwurfsplanung für den auf Bielefelder Gebiet verlaufenden Teil des Bürgerradweges erarbeitet werde. Die Planung soll nach der Sommerpause den beteiligten politischen Gremien vorgestellt werden.

Bezirksbürgermeister Sternbacher vertritt die Auffassung, dass der Planungsfortschritt u. a. auf das Engagement der Bezirksvertretung Heepen zurückzuführen sei.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 07.07.2011 - öffentlich - TOP 3.11 *

-.-.-

3.12 **Verkehrsuntersuchung zum Oldentruper Kreuz**
(vgl. u. a. BV Heepen - 10.03.2011 - TOP 5.4)

Herr Skarabis informiert darüber, dass das Amt für Verkehr mitgeteilt habe, dass die von der Bezirksvertretung geforderte Synopse derzeit erarbeitet werde und das Ergebnis der Bezirksvertretung im Herbst 2011 vorgestellt werden soll.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 07.07.2011 - öffentlich - TOP 3.12 *

-.-.-

3.13 **Kita Braker Straße**

Herr Skarabis teilt mit, dass im 2. Obergeschoss des Gebäudes eine Kita-Gruppe untergebracht sei. Bei Gebäudeunterhaltungsmaßnahmen sei festgestellt worden, dass die Wendeltreppe, die als Fluchtweg diene, nicht mehr den aktuellen Anforderungen entspreche. Es werde daher geprüft, ob es möglich sei, die Gruppe im Erdgeschoss des Gebäudes unterzubringen. Auch werde die Möglichkeit eines Gebäudeanbaus geprüft. Nach Abschluss werde die Fachverwaltung das Ergebnis der Prüfung der Bezirksvertretung vorlegen.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Rüter bittet die Fachverwaltung, vor Klärung der Frage, ob das Gebäude mit einem Anbau versehen werden könne, mit dem Eigentümer des benachbarten Grundstücks Kontakt aufzunehmen, um die Frage zu klären, ob es ggf. möglich sei, in einem hier zu errichtenden Gebäude temporär Räumlichkeiten für die Unterbringung einer Kindergartengruppe zu nutzen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 07.07.2011 - öffentlich - TOP 3.13 *

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anfragen**

Zu Punkt 4.1 **ÖPNV im Stadtteil Brake: Veränderungen im Zuge des**
Fahrplanwechsels 2011

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2812/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage des Vertreters der Partei Die Linke:

Aufgrund des Fahrplanwechsels im ÖPNV und der neuen Buslinie 30 entstanden einige Irritationen und daraus folgende Fragen:

- *Warum trägt die Haltestelle „Ladestraße“ diesen Namen?*
- *Warum ist an mehreren Haltestellen nicht auf Anhieb ersichtlich, dass die Linie 30 dort hält?*
- *Warum gibt es die Haltestelle „Kerksiekweg“ nur auf einer Seite?*
- *Warum fährt die Linie 30 Montag-Freitag, samstags und sonntags jeweils unterschiedliche Strecken?*
- *Wie wurde an die Schülerinnen und Schüler gedacht die mit der Linie 51 nicht mehr bis Milse sondern nur noch über die Spiekeroogstraße bis zur Grafenheider Straße fahren können (mit einer Ausnahme der Linie 115)? Sollen sie regelmäßig 30 Minuten warten oder u. U. mehrere Kilometer zu Fuß gehen?*

Herr Skarabis verweist auf die zu Sitzungsbeginn an alle Bezirksvertretungsmitglieder verteilte Stellungnahme des Amtes für Verkehr vom 07.07.2011.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 07.07.2011 - öffentlich - TOP 4.1 *

-.-.-

Zu Punkt 4.2 Parkverbotsregelung (Parkraumbewirtschaftung) Heeper Straße (Höhe Hausnummer 394-396)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2818/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf die Anfrage der SPD-Fraktion:

In den letzten Tagen wurde in der Heeper Straße auf Höhe der Hausnummern 394-396 eine Parkverbotsregelung (Parkraumbewirtschaftung) eingerichtet. Zu diesem Zweck wurden 2 Verkehrsschilder aufgestellt.

Frage:

Wer hat die Aufstellung der Verkehrsschilder veranlasst?

Zusatzfragen:

In welchen politischen Gremien wurde die Regelung behandelt?

Wie wurden die Beschaffung und die Aufstellung (trotz Nothaushalt) finanziert, aus welcher Haushaltstelle und wie hoch sind die Kosten?

Herr Skarabis informiert darüber, dass das Amt für Verkehr mitgeteilt habe, dass auf Anfrage des Imbissbetreibers die örtliche Situation mit der Polizei und dem Straßenbaulastträger erörtert wurde. Die Maßnahme sei verkehrlich mit dem Parkdruck, der in diesem Abschnitt der Heeper Straße bestehe, zu begründen. Der Parkdruck ergebe sich vermutlich auch aus dem Bewohnerpar-

ken der Anlieger des Alten Postweges. Für den Imbiss sei eine Parkscheibenregelung sinnvoll, die zwei Plätze umfasse. Ein Parkplatz liege vor der Doppelzufahrt, ein weiterer Parkplatz hinter der Zufahrt. Die Befristung gelte für eine Stunde, da im Imbissbetrieb auch Speisen verzehrt werden können. Längere Parkscheibenzeiten seien nicht sinnvoll, da sie die Fluktuation wieder beeinträchtigen würden. Die entsprechende Beschilderung erfolgte 6 m vor und 6 m hinter der Zufahrt. Eine zeitliche Befristung des Geltungsbereiches für die Parkscheibe erscheine nicht sinnvoll, da der Grill von mittags bis spät abends geöffnet sei. Zur sicheren Einfädelung von Radfahrern, die vom Hochbord auf die Fahrbahn einfahren, sei der Bereich zwischen der roten Pflasterung und den Verkehrszeichen Z 314 A (*Parken Anfang*) eine Markierung mit dem Zeichen Z 299 (*Grenzmarkierung für Halt- oder Parkverbote*) aufzubringen. Für diese Maßnahme werde eine zwingende verkehrliche Notwendigkeit gemäß § 45 Abs. 9 Straßenverkehrsordnung gesehen, da nur diese Maßnahme in Nähe der Betriebsstätte Parkplätze mit hoher Fluktuation vorhalten könne. Aufgrund dieser Rechtsgrundlage seien die meisten Verkehrszeichen anzuordnen. Die Entscheidung wurde, wie bei diversen anderen Parkscheibenregelungen im öffentlichen Verkehrsraum vor Geschäften, Imbissen etc., getroffen. Er verweise in diesem Zusammenhang u. a. auf ähnliche Regelungen an der Braker Straße (Abschnitt zwischen Stedefreunder Straße und Waagestraße). Verkehrsrechtliche Anordnungen gem. § 45 Abs. 9 Straßenverkehrsordnung seien auch im Nothaushaltsrecht aufgrund der zwingenden verkehrlichen Notwendigkeit immer umzusetzen. Anders verhalte es sich z. B. bei den Anordnungen von Tempo 30-Zonen nach § 45 Abs. 1 der Straßenverkehrsordnung. Hier handele es sich häufig um freiwillige Maßnahmen, sofern sie nicht dem besonderen Fußgängerschutz dienen, wie z. B. in Straßen ohne Hochbord-Gehwege.

Es handele sich bei der getroffenen Maßnahme um eine Parkscheibenregelung und nicht um eine Parkraumbewirtschaftung, mit der gebührenpflichtige Parkregelungen getroffen werden. Vor diesem Hintergrund handele es sich bei der Umsetzung der Maßnahme um ein „Geschäft der laufenden Verwaltung“. Eine Entscheidungskompetenz der Bezirksvertretung ergebe sich gemäß § 7 Abs. 1 Buchstabe 5 der Hauptsatzung insofern nicht.

Die Kosten für die Umsetzung belaufen sich nach Angaben des Umweltbetriebes auf rd. 336 € und seien durch einen entsprechenden Haushaltsansatz abgedeckt.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) bringt seinen Ärger darüber zum Ausdruck, dass seitens der Verwaltung unter dem Hinweis auf das Nothaushaltsrecht regelmäßig die Aufstellung entsprechender Verkehrsschilder verweigert werde. Bei der hier in Rede stehenden Maßnahme sei die Umsetzung dagegen offenbar ohne Weiteres möglich. Darüber hinaus sei es aus seiner Sicht erstaunlich, dass die Maßnahme mit so geringem finanziellen Aufwand umgesetzt werden könne. Er verweise in diesem Zusammenhang auf das häufig von der Verwaltung vorgetragene Argument, dass die Aufstellung von der Bezirksvertretung geforderter Schilder zu teuer sei.

Bezirksbürgermeister Sternbacher kritisiert die Argumentation der Verwaltung. Seines Erachtens müsse die Bezirksvertretung über entsprechende Regelungen entscheiden.

Herr Stuke (SPD-Fraktion) weist darauf hin, dass er von den Anwohnern die Information erhalten habe, dass sich im Hof des Imbisses 5 Parkplätze befinden, diese nach Aussage der Anwohner jedoch für andere Zwecke genutzt werden.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) vertritt die Auffassung, dass diese Art der Beschilderung im Stadtgebiet immer mehr zunehme, während an anderer Stelle z. B. für eine Tempo 30-Beschilderung regelmäßig „gekämpft“ werden müsse. Dies könne er nicht nachvollziehen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher stellt fest, dass in Hinblick auf die Entscheidungskompetenzen der Bezirksvertretungen offenbar unterschiedliche Auffassungen bestehen. Er werde dies zum Anlass nehmen, diese Problematik im Rahmen des nächsten Gespräches zwischen den Bezirksbürgermeisterinnen bzw. Bezirksbürgermeistern und dem Oberbürgermeister anzusprechen.

Herr Stuke schließt sich der von Herrn Dr. Elsner vertretenen Auffassung an. Die Bezirksvertretungsmitglieder seien vor rd. einem Jahr gebeten worden, zu prüfen, an welchen Stellen im Stadtbezirk Verkehrsschilder ihres Erachtens abgebaut werden können. Nun stelle die Verwaltung aus seiner Sicht überflüssige Schilder auf.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 07.07.2011 - öffentlich - TOP 4.2 *

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Teilweise Übernahme der Folgekosten für die Umgestaltung des Schulhofgeländes der Grundschule Heeperholz

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2793/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Folgekosten - wenigstens teilweise - der Aufwertungsmaßnahmen des Schulhofes der Grundschule Heeperholz zur Entlastung des Fördervereins durch die Stadt übernommen werden können.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) nimmt Bezug auf seine Ankündigung aus der Mai-Sitzung und die schriftliche Antragsbegründung:

Wie in der Mai-Sitzung bereits dargestellt, sollten wir alles für Kinder tun, da sie unsere Zukunft sind. Die Bereitstellung von Spiel- und Erholungsfläche auf Schulhöfen von (Grund-)Schulen ist eine wichtige kommunale Aufgabe. Es ist daher bedauerlich, dass finanzielle Engpässe die Stadt zwingen, hier nicht mehr zu tun. Umso unterstützungswerter sind daher Initiativen, wie die der Elternschaft der Grundschule Heeperholz, die die Aufwertung des Schulhofes aus eigener Kraft vornehmen wollen. Die Stadt sollte daher intensiv prüfen, welche Folgekosten sie der Initiative abnehmen könnte.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) erklärt, dass die SPD-Fraktion den Antrag der CDU-Fraktion unterstütze.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Folgekosten - wenigstens teilweise - der Aufwertungsmaßnahmen des Schulhofes der Grundschule Heeperholz zur Entlastung des Fördervereins durch die Stadt übernommen werden können.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 07.07.2011 - öffentlich - TOP 5.1 *

Zu Punkt 5.2 Übermittlung der Beschlusslage der Bezirksvertretung Heepen bzgl. des Abendverkehrs auf der Stadtbahnlinie 2 an den Aufsichtsrat von moBiel
Beratungsgrundlage:
 Drucksachenummer: 2794/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Aufsichtsrat von moBiel für dessen Beratungen zum Fahrplanwechsel 2012 die Beschlüsse der BV Heepen (ggf. ergänzt durch die zugehörigen Begründungen / Diskussionsbeiträge) zur Verbesserung des Abendtaktes der Stadtbahnlinie 2 nach Milse vorzulegen. Gleichzeitig soll die Verwaltung die Bedeutung dieser Maßnahme aus Sicht der Bezirksvertretung Heepen deutlich machen und dem Aufsichtsrat den Wunsch der Bezirksvertretung übermitteln, dass diese Verbesserung 2012 umgesetzt wird.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) erläutert, dass die moBiel GmbH im April 2011 in einem Brief an die Projektkonferenz Baumheide mitgeteilt habe, dass eine Verbesserung des Abendtaktes auf der Linie 2 zum Fahrplanwechsel 2011 nicht realisiert werden konnte, dass aber dem Aufsichtsrat für den Fahrplanwechsel 2012 diese Maßnahme vorgeschlagen werde. Die CDU-Fraktion verfolge mit dem Antrag das Ziel, dem Aufsichtsrat der moBiel GmbH nochmals zu verdeutlichen, wie wichtig die Taktverbesserung für den Stadtteil Baumheide sei und dass die Bezirksvertretung sehr großen Wert auf die Umsetzung lege.

Herr Wäschebach (CDU-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass es sich bei der Verbesserung des Abendtaktes um eine alte Forderung der Bezirksvertretung an die moBiel GmbH handle. Die SPD-Fraktion unterstütze vor diesem Hintergrund den Antrag der CDU-Fraktion nachdrücklich.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Aufsichtsrat von moBiel für dessen Beratungen zum Fahrplanwechsel 2012 die Beschlüsse der BV Heepen (ggf. ergänzt durch die zugehörigen Begründungen/Diskussionsbeiträge) zur Verbesserung des Abendtaktes der Stadtbahnlinie 2 nach Milse vorzulegen. Gleichzeitig soll die Verwaltung die Bedeutung dieser Maßnahme aus Sicht der Bezirksvertretung Heepen deutlich machen und dem Aufsichtsrat den Wunsch der Bezirksvertretung übermitteln, dass diese Verbesserung 2012 umgesetzt wird.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 07.07.2011 - öffentlich - TOP 5.2 *

Zu Punkt 5.3 Ertüchtigung des Weges zur neuen Stadtbahnhaltestelle zwischen Milse und Milse-Ost

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2796/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Wegeverbindung zur neuen Stadtbahnhaltestelle zwischen Milse und Milse-Ost so zu ertüchtigen, dass eine Nutzung für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Radfahrerinnen und Radfahrer nicht nur verkehrssicher, sondern auch attraktiv ist. Diese Ertüchtigung muss bereits erfolgt sein, wenn die Haltestelle in Betrieb genommen wird.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) führt aus, dass die neue Haltestelle bis zu einer baulichen Erschließung des Bereiches vermutlich besonders von Radfahrerinnen und Radfahrern frequentiert werde, da nach Aussage der moBiel GmbH eine Fahrradabstellablage installiert werde. Insofern sei es erforderlich die Wegeverbindung bis zur Inbetriebnahme der Haltestelle fertig zu stellen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Wegeverbindung zur neuen Stadtbahnhaltestelle zwischen Milse und Milse-Ost so zu ertüchtigen, dass eine Nutzung für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Radfahrerinnen und Radfahrer nicht nur verkehrssicher, sondern auch attraktiv ist. Diese Ertüchtigung muss bereits erfolgt sein, wenn die Haltestelle in Betrieb genommen wird.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 07.07.2011 - öffentlich - TOP 5.3 *

-.-.-

Zu Punkt 5.4 Prüfung der Einrichtung einer Haltestelle "Kerksiekweg" in Brake auf der Nordseite der Braker Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2797/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einrichtung einer Haltestelle „Kerksiekweg“ auf der Nordseite der Braker Straße zu prüfen bzw. die Ergebnisse einer bereits erfolgten Prüfung (Darstellung der Vor- und Nachteile) der Bezirksvertretung Heepen vorzustellen.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) nimmt Bezug auf die schriftliche Antragsbegründung:

moBiel hat zum Fahrplanwechsel 2011 die Haltestellen entlang der Braker Straße umstrukturiert und verlegt, so dass die Haltestelle „Kerksiekweg“ auf der Nordseite der Braker Straße keine Entsprechung mehr hat. Der Abstand zwischen den Haltestellen „Ladestraße“ und „Brake Kirche“ ist recht groß, so dass eine weitere Haltestelle sinnvoll zu sein scheint. Die Einrichtung einer solchen Haltestelle ist zu prüfen bzw. falls dies schon geschehen sein sollte, sind der Bezirksvertretung Heepen die Gründe (Vor- und Nachteile) darzustellen, warum hier keine Haltestelle eingerichtet worden ist. Im Anschluss kann dann die Bezirksvertretung ggf. über die Einrichtung der Haltestelle befinden.

Unter Hinweis auf die zur Anfrage des Vertreters der Partei Die Linke (vgl. TOP 4.1) von der moBiel GmbH abgegebene Stellungnahme führt er aus, dass die Stellungnahme einige der dem Antrag zugrunde liegenden Fragen hinsichtlich der bestehenden technischen und betriebswirtschaftlichen Abhängigkeiten beantwortete. Er hätte sich diese Informationen zu einem früheren Zeitpunkt gewünscht. Braker Bürgerinnen und Bürger hatten im Zusammenhang mit den im Zuge des Fahrplanwechsels vorgenommenen Veränderungen entsprechende Fragen an verschiedene Bezirksvertretungsmitglieder gerichtet. Diese konnten

aufgrund der fehlenden Informationen jedoch nur zum Teil beantwortet werden. Er bitte alle Beteiligten, künftig den Mitgliedern der Bezirksvertretung frühzeitig entsprechende Informationen zur Verfügung zu stellen, da es nur so möglich sei, die Fragen der Bürgerinnen und Bürger zu beantworten. Abschließend bittet er die Verwaltung im Rahmen ihrer Stellungnahme auch eine Aussage zu treffen, ob und ggf. wie viele Parkplätze bei Anlage der zusätzlichen Haltestelle entfallen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einrichtung einer Haltestelle „Kerk-siekweg“ auf der Nordseite der Braker Straße zu prüfen bzw. die Ergebnisse einer bereits erfolgten Prüfung (Darstellung der Vor- und Nachteile) der Bezirksvertretung Heepen vorzustellen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 07.07.2011 - öffentlich - TOP 5.4 *

-.-.-

Zu Punkt 5.5 Abbindung der Zirkelstraße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2799/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion:

Die Zirkelstraße ist in Höhe des Hauses Nr.26 für den Durchgangsverkehr so abzubinden, dass eine Durchfahrt mit LKW und PKW nicht mehr möglich ist.

Herr Diekmann (SPD-Fraktion) erläutert die örtliche Situation. Er führt aus, dass es sich bei der Zirkelstraße und der Tonstraße um reine Anliegerstraßen handle. Im östlichen Bereich der Zirkelstraße liegen vorwiegend Gewerbebetriebe, während im westlichen Bereich und in der Tonstraße fast ausschließlich Wohnbebauung vorhanden sei. Derzeit werden die Zirkelstraße und die Tonstraße häufig als Durchgangsstraßen und als Abkürzung genutzt. Des Weiteren komme es immer wieder vor, dass Lieferverkehr von der Altenhagener Straße durch die Tonstraße in den westlichen Teil der Zirkelstraße erfolge. Durch eine Abbindung könne der Lieferverkehr vollständig über die Bröninghauser Straße gelenkt werden. Der Durchgangsverkehr werde aus der Zirkelstraße auf die dafür vorgesehene Altenhagener Straße und die Kafkastraße gelenkt. Eine Umfrage bei den Anwohnern habe ergeben, dass alle Anlieger mit einer Ausnahme mit einer Abbindung einverstanden seien und die Maßnahme befürworten.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass die im Bereich Zirkelstraße und Tonstraße im Stadtteil Altenhagen lebenden Einwohnerinnen und Einwohner die Abbindung offenbar wünschen. Die CDU-Fraktion wolle diesem

Wunsch nicht entgegenstehen, sehe aber die Notwendigkeit, zunächst im Rahmen einer Testphase zu prüfen, ob die Maßnahme zum gewünschten Erfolg führe. Er schlage daher vor, den Beschlussvorschlag entsprechend zu ergänzen und die Verwaltung zu beauftragen, nach Abschluss der halbjährigen Testphase der Bezirksvertretung Bericht zu erstatten.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) stimmt dem Vorschlag der CDU-Fraktion zu.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Zirkelstraße ist in Höhe des Hauses Nr. 26 für den Durchgangsverkehr so abzubinden, dass eine Durchfahrt mit LKW und PKW nicht mehr möglich ist. Die Maßnahme soll zunächst auf einen Zeitraum von 6 Monaten befristet werden. Nach Abschluss der Testphase wird die Verwaltung gebeten, einen Erfahrungsbericht vorzulegen. Auf der Grundlage des Berichtes der Verwaltung ist abschließend über die Abbindung der Zirkelstraße zu entscheiden.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 07.07.2011 - öffentlich - TOP 5.5 *

-.-.-

Zu Punkt 5.6

Verkehrssituation Jokerweg / Grundschule Milse

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2801/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion:

Das Amt für Verkehr wird gebeten, der Bezirksvertretung einen Beschlussvorschlag zur Lösung oder Verringerung der problematischen Verkehrssituation (s. u.) an der Milser Grundschule / Jokerweg vorzulegen.

Herr Blum (SPD-Fraktion) beschreibt die örtliche Situation und erläutert, dass vor Schulbeginn und bei Schulschluss sehr viele Kinder von ihren Eltern zur Schule gebracht bzw. von dort abgeholt werden. Da es vor der Schule keine entsprechenden Parkplätze gebe und die Sichtbeziehungen aufgrund des Straßenverlaufes schwierig seien, komme es aufgrund der räumlichen Enge häufig zu gefährlichen Situationen und Rückstaus. Vor dem Hintergrund des sich daraus ergebenden Gefahrenpotentials bitte er die Verwaltung, entsprechende Vorschläge (z. B. die Anordnung eines Haltverbotes) zur Verbesserung der Situation in der Bezirksvertretung vorzustellen.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) bestätigt die von Herrn Blum abgegebene Beschreibung der örtlichen Verhältnisse und stellt fest, dass die CDU-Fraktion vor diesem Hintergrund dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen werde.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Das Amt für Verkehr wird gebeten, der Bezirksvertretung einen Beschlussvorschlag zur Lösung oder Verringerung der problematischen Verkehrssituation an der Milser Grundschule / Jokerweg vorzulegen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 07.07.2011 - öffentlich - TOP 5.6 *

Zu Punkt 5.7 Haltverbot in der Donauschwabenstraße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2802/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion:

Das Haltverbotsschild in der Donauschwabenstraße, das auf der Südseite kurz vor der Einmündung Scheffelstraße steht, soll etwa 15 m westlich versetzt werden.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) führt aus, dass sich die Anträge seiner Fraktion zu TOP 5.7, 5.8 und 5.9 aus von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen einer Informationsveranstaltung der SPD zum Bebauungsplangebiet „Fischerheide - Teilfläche C“ geäußerten Anregungen ergeben haben. Durch die geforderte Versetzung des Schildes haben vor allem die aus dem Büscherweg links in die Donauschwabenstraße einbiegenden Fahrzeuge die Möglichkeit, sich gefahrlos in die Fahrbahn einzufädeln.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) unterstützt den Antrag der SPD-Fraktion.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Das Haltverbotsschild in der Donauschwabenstraße, das auf der Südseite kurz vor der Einmündung Scheffelstraße steht, soll etwa 15 m westlich versetzt werden.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 07.07.2011 - öffentlich - TOP 5.7 *

-.-.-

Zu Punkt 5.8

LKW-Haltverbot in der Donauschwabenstraße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2803/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion:

Das Amt für Verkehr wird gebeten zu prüfen, ob für den Nordast der Donauschwabenstraße ein LKW-Haltverbot angeordnet werden kann.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) beschreibt die örtliche Situation und die sich aus den parkenden LKW im Bereich der Grundstückszufahrten ergebenden Sichtprobleme. Dies führe zu entsprechenden Gefahrensituationen.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Das Amt für Verkehr wird gebeten zu prüfen, ob für den Nordast der Donauschwabenstraße ein LKW-Haltverbot angeordnet werden kann.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 07.07.2011 - öffentlich - TOP 5.8 *

-.-.-

**Zu Punkt 5.9 Aussagen zum Energiekonzept für den Bebauungsplan "Fischerheide"
Teilfläche C**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2804/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion:

Die Verwaltung wird aufgefordert, bei der nächsten Vorlage des Bebauungsplanes „Fischerheide“ Teilfläche C, den Punkt 4.4 (Belange der Ver- und Entsorgung) nicht nur um die bereits geforderten Ausführungen zur Entwässerung/Versickerung zu ergänzen, sondern auch um Aussagen zu den Möglichkeiten alternativer Energieversorgung.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) nimmt Bezug auf die aktuelle Diskussion zur „Energiewende“. Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Herausforderungen sei es notwendig, bei der Aufstellung von Bebauungsplänen die Möglichkeiten einer alternativen Energieversorgung zu prüfen. Er bedaure, dass dies nicht bereits bei den Bebauungsplanverfahren „Fischerheide“ Teilfläche A und „Fischerheide“ Teilfläche B geschehen sei. Insofern sei es seines Erachtens notwendig, im Rahmen der Prüfung Überlegungen hinsichtlich eines übergreifenden Konzeptes zu entwickeln. Unter Bezugnahme auf den im Rahmen der Beratung des Bebauungsplanes „Fischerheide“ Teilfläche C formulierten Prüfauftrag hinsichtlich der Versickerungsmöglichkeiten im Bereich des Plangebietes sei seines Erachtens auch zu prüfen, ob die vorhandene Kanalisation ausreichend sei, sofern es nicht möglich sei, die Entwässerung in Form der Versickerung zu gewährleisten. Die SPD-Fraktion erweitere ihren Antrag in dieser Hinsicht.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) stimmt zu. Darüber hinaus regt er die Erweiterung des Beschlusstextes dahingehend an, dass die Verwaltung künftig grundsätzlich im Rahmen entsprechender Planverfahren zur Frage alternativer Versorgungsmöglichkeiten Stellung nehmen soll.

Bezirksbürgermeister Sternbacher sieht die Notwendigkeit, entsprechende Fragen bereits im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zu prüfen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird aufgefordert, bei der nächsten Vorlage des Bebauungsplanes „Fischerheide“ Teilfläche C, den Punkt 4.4 (Belange der Ver- und Entsorgung) nicht nur um die bereits geforderten Ausführungen zur Entwässerung / Versickerung zu ergänzen, sondern auch um Aussagen zu den Möglichkeiten alternativer Energieversorgung.

Bei künftigen größeren Bebauungsplanvorhaben ist grundsätzlich eine Aussage zur Möglichkeit der alternativen Energieversorgung des jeweiligen Plangebietes zu treffen.

Die Verwaltung wird, bezogen auf das Plangebiet „Fischerheide“ Teilfläche C, gebeten, eine Aussage zur Frage zu treffen, ob das vorhandene Kanalnetz ausreichend dimensioniert ist, sofern eine Versickerung im Plangebiet nicht möglich ist.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 07.07.2011 - öffentlich - TOP 5.9 *

-.-.-

Zu Punkt 5.10 Offene Jugendarbeit im Stadtbezirk Heepen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2811/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher verweist auf den Antrag des Vertreters der Partei Die Linke:

Die Verwaltung wird aufgefordert zu berichten, wie die offene Jugendarbeit im Stadtbezirk Heepen dauerhaft sichergestellt werden kann. Das kann an einem Beispiel (Stadtteil Brake) geschehen. Dabei soll auch auf die Bereiche Gewalt- und Drogenprävention eingegangen werden.

Herr Schatschneider (Die Linke) stellt fest, dass die mit den freien Trägern geschlossenen Leistungsverträge, die - obwohl Leistungen in allen Bereichen immer teurer werden - seines Erachtens bisher nicht entsprechend angepasst wurden. Dies führe häufig zu einer zu geringen Personalausstattung. Er verweise in diesem Zusammenhang auf die Situation im AWO Jugendhaus in Brake, die im Stadtteil Brake zu entsprechenden Defiziten führe. Es sei vor diesem Hintergrund notwendig, dass die Verwaltung einen entsprechenden Bericht vorlege, um auf dieser Grundlage Handlungsoptionen zu entwickeln.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) stimmt der von Herrn Schatschneider vertretenen Auffassung zu. Auch aus seiner Sicht bestehe im Stadtteil Brake besonderer Handlungsbedarf. Der Bericht sollte sich daher zunächst an der Situation im Stadtteil Brake orientieren. Die sich daraus ergebenden Erfahrungen können dann in den anderen Stadtteilen genutzt werden.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Rüter stellt fest, dass der Stadtteil Brake immer größer, das Angebot jedoch immer geringer werde. Es ergebe sich insofern auch seines Erachtens Handlungsbedarf.

Frau Pilchner (CDU-Fraktion) sieht die Notwendigkeit, dass sich der Bericht nicht nur auf den Stadtteil Brake beziehen, da es in den übrigen Stadtteilen, wie z. B. in Oldentrup, einen ähnlich hohen Handlungsbedarf gebe.

Herr Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) kann sich vorstellen, die Situation am Beispiel des Stadtteils Brake zu beurteilen und die gewonnenen Erkenntnisse auf andere Stadtteile zu beziehen, regt jedoch an, die Angelegenheit aufgrund ihrer Komplexität zunächst in der Arbeitsgruppe *Jugend* zu beraten, um eine Grundlage für einen Dialog mit den Trägern zu schaffen.

Frau Kreye (Grüne-Fraktionsvorsitzende) vertritt die Auffassung, dass nicht nur der Stadtteil Brake im Fokus der Betrachtungen stehen sollte. Es sei wichtig, die Angelegenheit öffentlich zu beraten, um darauf hinzuweisen, dass die vorhandenen Mittel nicht ausreichen, um eine angemessene Jugendarbeit zu gewährleisten.

Herr Wäschebach vertritt die Auffassung, dass die Vorberatung in der Arbeitsgruppe *Jugend* sinnvoll sein könnte. Ein erster Schritt könne die Aufarbeitung am Beispiel des Stadtteils Brake erfolgen.

Frau Kreye sieht weiterhin die Notwendigkeit, den Sachverhalt öffentlich zu beraten, um auf die Bedeutung und den Wunsch der Bezirksvertretung, Verbesserungen herbei zu führen, hinzuweisen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher kann sich vorstellen, dass eine öffentliche Diskussion der Thematik – bezogen auf alle Stadtteile des Stadtbezirks - im Anschluss in der Arbeitsgruppe *Jugend* der Bezirksvertretung vertieft werden könnte.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird aufgefordert zu berichten, wie die offene Jugendarbeit im Stadtbezirk Heepen dauerhaft sichergestellt werden kann. Das kann zunächst an einem Beispiel (Stadtteil Brake) geschehen, hat im Anschluss jedoch für alle Stadtteile zu erfolgen. Dabei soll auch auf die Bereiche Gewalt- und Drogenprävention eingegangen werden.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 07.07.2011 - öffentlich - TOP 5.10 *

Zu Punkt 6**Schulaußenanlagen der Grundschule Heeperholz**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Herr Berger (Umweltbetrieb) nimmt Bezug auf den in der Sitzung am 05.05.2011 zum Projekt des Schulfördervereins von der Bezirksvertretung gefassten Beschluss (vgl. BV Heepen - 05.05.2011 - TOP 6) und erläutert die konkretisierte Planung für den 1. Bauabschnitt im Überblick. Er weist darauf hin, dass die Planung seitens des Schulfördervereins in enger Abstimmung mit dem Umweltbetrieb angepasst wurde.

Her Dr. Elsner (CDU-Fraktionsvorsitzender) verweist auf den unter TOP 5.1 gefassten Beschluss der Bezirksvertretung und appelliert an alle Beteiligten, im Rahmen ihrer Aktivitäten darauf zu achten, dass die Risiken für den Schulförderverein minimiert werden.

- Die Bezirksvertretung ist mit der vorgestellten Planung einverstanden. -

* BV Heepen - 07.07.2011 - öffentlich - TOP 6 *

Zu Punkt 7

Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/ M 11 "Milser Mühle" für das Gebiet zwischen der Johannisbach-Umflut im Norden, dem Johannisbach im Westen und Südwesten sowie dem Tümmelerweg im Westen (Gemarkung Milse, Flur 2) gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) sowie 197. Änderung des Flächennutzungsplanes "Milser Mühle" im Parallelverfahren gemäß § 8 (3) BauGB

- Stadtbezirk Heepen -

Beschluss über Stellungnahmen

Satzungsbeschluss - Bebauungsplan

Abschließender Beschluss Flächennutzungsplan

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2761/2009-2014

Herr Knoke (Bauamt) informiert über redaktionelle Änderungen des Beschlusstextes und erläutert im Anschluss unter Hinweis auf die bisherigen Verfahrensschritte die Beschlussvorlage zum Satzungsbeschluss im Überblick.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) stellt fest, dass die von der Bezirksvertretung im Rahmen der bisherigen Beratung formulierten Forderungen (Brücke etc.) berücksichtigt wurden. Bezogen auf die in der Vorlage genannten und offenbar von der Stadt Bielefeld zu tragenden Kosten in Höhe von 60.000 € für die Anlage eines im Plangebiet festgesetzten Spielplatzes fragt er, ob diese Kosten nicht vom Investor übernommen werden müssen.

Herr Knoke erläutert, dass es bei der Aufstellung von Bebauungsplänen zur Erschließung neuer Wohngebiete durch Investoren üblich sei, dass der Investor auch die Kosten für die notwendige Infrastruktur (Anlage von Spielplätzen, Schaffung von Kita-Plätzen etc.) trage. Die Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/M 11 „Milser Mühle“ verfolge im Wesentlichen das Ziel, den Gewerbestandort zu sichern, jedoch nicht das Ziel, weitere Wohneinheiten zu schaffen. Im bisher rechtsverbindlichen Bebauungsplan waren insgesamt 44 Wohneinheiten festgesetzt. Die gleiche Anzahl von Wohneinheiten werde auch im neuen Bebauungsplan festgesetzt. Vor diesem Hintergrund sei es nicht möglich, vom Investor die Übernahme der Kosten für entsprechende Infrastruktureinrichtungen, wie z. B. die Anlage eines Spielplatzes, zu fordern. Allenfalls könne versucht werden, den Investor zu bitten, sich freiwillig an diesen Kosten zu beteiligen.

Herr Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) vertritt die Auffassung, dass der Investor nicht unerheblich von der Neuaufstellung des Bebauungsplanes profitiere. Die Verwaltung sollte vor diesem Hintergrund an den Investor herantreten und ihn bitten, sich an den Spielplatzkosten zu beteiligen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher führt aus, dass es rechtlich nicht möglich sei, den Investor an den Kosten zu beteiligen, dennoch halte auch er es für sinnvoll, entsprechende Gespräche mit dem Investor aufzunehmen.

Herr Knoke sagt zu, die Bitte der Bezirksvertretung an den Investor heranzutragen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

1. **Den Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und der frühzeitigen Behördenbeteiligung wird gemäß der Darstellung der Anlage A gefolgt bzw. nicht gefolgt.**
2. **Die Stellungnahmen der Bürger/-innen zum Bebauungsplanentwurf (Ifd. Nummern 1 und 2) werden gemäß Vorlage zurückgewiesen.**
3. **Den Stellungnahmen zum Bebauungsplanentwurf und zur 197. Änderung des Flächennutzungsplan
- der Stadtwerke Bielefeld und
- des Landesbetriebes Wald und Holz
werden gemäß Vorlage stattgegeben.**
4. **Der Stellungnahme zum Bebauungsplanentwurf von Straßen NRW wird gemäß Vorlage nicht stattgegeben.**
5. **Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen zu den zeichnerischen und textlichen Festsetzungen, zur Begründung sowie zum Umweltbericht des Bebauungsplanes Nr. III/M 11 „Milser Mühle“ und zur 197. Änderung des Flächennutzungsplan werden beschlossen.**

6. Der Bebauungsplan Nr. III / M 11 „Milser Mühle“ für das Gebiet zwischen für das Gebiet zwischen der Johannisbach-Umflut im Norden, dem Johannisbach im Westen und Südwesten sowie dem Tümmelerweg im Westen (Gemarkung Milse, Flur 2) wird mit dem Text und der Begründung gemäß § 10 (1) des Baugesetzbuches als Satzung beschlossen.
7. Gleichzeitig wird die 197. Änderung des Flächennutzungsplanes „Milser Mühle“ im Parallelverfahren laut Änderungsplan und Begründung beschlossen.
8. Nach Eingang der Genehmigung der 197. Änderung des Flächennutzungsplanes „Milser Mühle“ ist diese gemäß § 6 (5) BauGB und der Beschluss des Bebauungsplanes gemäß § 10 (3) BauGB öffentlich bekannt zu machen. Die Bauleitpläne sind zu jedermanns Einsicht bereit zu halten.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 07.07.2011 - öffentlich - TOP 7 *

Zu Punkt 8

214. Änderung des Flächennutzungsplanes "Zentrum Heepen" - Stadtbezirk Heepen -

Beschluss zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2673/2009-2014

Frau Thiessat (Bauamt) erläutert die Beschlussvorlage der Verwaltung im Überblick.

Auf Rückfrage von Herrn Wäschebach (SPD-Fraktionsvorsitzender) führt sie aus, dass der Geltungsbereich des Flächennutzungsplanes über den Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Heeper Ortskern“ hinausgehe und insofern auch bezogen auf den über den Geltungsbereich des Bebauungsplanes hinausgehenden Teilbereich des Flächennutzungsplanes die Notwendigkeit bestehe, Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung für die 214. Änderung des Flächennutzungsplanes festzulegen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung für die 214. Änderung des Flächennutzungsplanes werden gemäß den Ausführungen in dieser Beschlussvorlage festgelegt.

Finanzielle Auswirkungen:

Der Stadt Bielefeld entstehen durch die vorgesehenen städtebaulichen Maßnahmen keine Kosten. Die Kosten für die Umweltprüfung belaufen sich auf 2.142,00 € und werden von der Stadt Bielefeld getragen.

- einstimmig beschlossen -

* BV Heepen - 07.07.2011 - öffentlich - TOP 8 *

Zu Punkt 9

Bericht der Verwaltung zur Sicherheit an Schulen, Sportanlagen, Sporthallen und Kindertageseinrichtungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2612/2009-2014

Bezirksbürgermeister Sternbacher bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die in der Informationsvorlage genannten Maßnahmen ihr Ziel erreichen. Die Bezirksvertretung werde, bezogen auf den Stadtbezirk Heepen, beobachten, wie effektiv die von der Verwaltung vorgesehenen Maßnahmen seien.

- Die Bezirksvertretung nimmt den Bericht der Verwaltung zur Sicherheit an Schulen, Sportanlagen, Sporthallen und Kindertageseinrichtungen zur Kenntnis. -

* BV Heepen - 07.07.2011 - öffentlich - TOP 9 *

Zu Punkt 10

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Herr Skarabis verweist auf die allen Bezirksvertretungsmitgliedern mit den Sitzungsunterlagen übersandte tabellarische sowie die zu Sitzungsbeginn verteilte, ergänzte Übersicht.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Heepen - 07.07.2011 - öffentlich - TOP 10 *

Holm Sternbacher
Bezirksbürgermeister

Herbert Lötze
Schriftführer